



Massiv höhere Preise und Abhängigkeit von Gasimporten

Neue Studie untersucht Risiken der Energiewende in Bezug auf Energiemix und Preise.

Die neue Energiepolitik des Bundes könnte zu einer massiven Zunahme der Erdgasimporte und zu zwei- bis dreimal so hohen Energiepreisen führen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB). Untersucht wurde, was passiert, wenn der Stromverbrauch nicht wie vom Bundesrat prognostiziert massiv sinkt. Die verwendeten Daten stammen von der Internationalen Energieagentur (IEA) und von Swisspower, dem Verband der städtischen Elektrizitätswerke. Beide Organisationen gehen von einer steigenden Stromnachfrage aus – unter anderem wegen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums, aber auch des Betriebs von Wärmepumpen oder der Elektromobilität. Demgegenüber rechnet der Bundesrat mit einer Abnahme des Verbrauchs um 21 Terawattstunden.

Die IWSB-Studie zeigt, dass sich die Erdgasimporte mindestens verdoppeln, im Extremfall sogar um den Faktor 5 bis 7 erhöhen würden, wenn statt der Annahmen des Bundesrats die Prognosen der Stadtwerke oder der Internationalen Energieagentur eintreffen. Dass die Annahmen des Bundesrats zum Stromverbrauch kaum realistisch sind, zeigt auch eine Studie der Energie-Agentur der Wirtschaft, die Mitte April veröffentlicht wurde. Anhand von 5000 untersuchten Stromsparmassnahmen in den Unternehmen wurde für die Wirtschaft indikativ ein Effizienzpotenzial mit wirtschaftlichen Massnahmen von maximal sieben Terawattstunden bis 2050 berechnet. Der Bundesrat gibt seinerseits für die Wirtschaft 18 Terawattstunden vor. Wie er die Differenz in der

Reduktion der Stromnachfrage aufbringen will, bleibt nach wie vor schleierhaft.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Zusatzkosten der Stromerzeugung mit Erdgas. So müsste gemäss der Studie im Jahr 2050 für Energie inflationsbereinigt etwa doppelt so viel ausgegeben werden wie heute. Die Kosten für die Wirtschaft könnten sich sogar verdreifachen.

Für Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, ist klar: «Eine solche Entwicklung würde den Wirtschaftsstandort Schweiz erheblich schwächen, zu einer viel höheren Auslandsabhängigkeit führen und die Versorgungssicherheit gefährden. Die während der Kältewelle im Februar 2012 in Europa registrierten Engpässe bei der Strom- und Gasversorgung hätten in diesen Szenarien für die Schweiz zu Stromabschaltungen und totalen Blackouts führen können.»

Medienmitteilung